

Deutsche Bank



2. ZEIT Konferenz Finanzplatz  
– Neue Architektur der Finanzwirtschaft –

Dr. Josef Ackermann  
Vorsitzender des Vorstands und des Group Executive Committee  
Deutsche Bank AG

## **Grundzüge einer neuen Weltfinanzordnung**

Frankfurt / Main, 3. September 2009

**Es gilt das gesprochene Wort**

Meine Damen und Herren,

ich bin eingeladen, hier über das Thema „Grundzüge einer neuen Weltfinanzordnung“ zu sprechen. In den vergangenen Wochen wurde oft geklagt, von einer neuen Weltfinanzordnung sei leider wenig zu sehen, vielmehr verstärke sich die Tendenz zur Rückkehr zum Status quo ante. Oder einfacher ausgedrückt: Kaum hat sich die Lage etwas beruhigt, machen die Banken so weiter wie gehabt – und die Politik ist nicht willens oder fähig, sie daran zu hindern.

Dieser Eindruck ist falsch und irreführend. Tatsache ist, dass die Banken bei der Umsetzung der Lehren aus der Finanzkrise gut vorankommen.

- **Erstens:** Sie haben ihre internen Risikomodelle neu kalibriert, um so extreme Marktbewegungen besser abbilden zu können. Gleichermaßen werden Stress-Tests intensiver genutzt.
- **Zweitens** ist der Leverage deutlich reduziert worden.
- **Drittens** haben die Marktteilnehmer die Transparenz bei Verbriefungen und bei außerbilanziellen Verpflichtungen erhöht. Ebenso zielen eine größere Standardisierung und einfachere Produktstrukturen darauf ab, Vertrauen der Investoren wiederherzustellen.
- Schließlich **viertens**, sind die Vergütungsmodelle mit dem Ziel angepasst worden, sie besser mit nachhaltiger Profitabilität und den langfristigen Interessen der Aktionäre in Einklang zu bringen.

Tatsache ist ebenso, dass die Regierungen den G20-Aktionsplan sukzessive umsetzen. Auch dies lässt sich mit einer ganzen Reihe von Beispielen belegen:

- Auf der Ebene des Baseler Ausschuss', der Richtlinien und Empfehlungen für die Bankenaufsicht ausarbeitet, hat man sich auf höhere Kapitalunterlegungen für das Handelsbuch, für bestimmte Verbriefungen sowie für außerbilanzielle Risiken geeinigt. Sie sollen bis spätestens Ende 2010 umgesetzt sein.
- Zusätzlich hat der Baseler Ausschuss angekündigt, bis spätestens Anfang kommenden Jahres zu einer Reihe von Themen sog. Konsultationspapiere vorzulegen, darunter zu den Punkten Leverage Ratio, Qualität des Kapitals, Reduzierung der Prozyklik der Eigenkapitalregeln sowie dynamische Risikovorsorge nach spanischem Vorbild. Zu Letzterem hat die EU-Kommission im Juli bereits konkrete Vorschläge ausgearbeitet.
- Darüber hinaus hat die EU-Kommission im April eine Verordnung zur Aufsicht und Überwachung von Ratingagenturen verabschiedet. Der gegenwärtig dem US-Kongress vorliegende Gesetzesentwurf der Obama-Administration deckt sich inhaltlich weitgehend mit dieser Verordnung.
- Gemäß den Zielsetzungen der G20 hat die EU-Kommission außerdem einen Richtlinienvorschlag zur Regulierung von „Alternative Investment Fund Managers“ entwickelt. In den USA hat die Regierung ebenfalls Vorschläge zur Registrierung und Beaufsichtigung von Hedge-Fonds vorgelegt.
- Für die makro-prudentielle Aufsicht sind neue Foren auf den Weg gebracht worden. Sowohl in der EU als auch in den USA sowie – mit inhaltlich etwas anderen Akzenten – auf globaler Ebene durch das erweiterte Mandat für das Financial Stability Forum.
- Schließlich: Ende Juli sind bereits auch die ersten Kontrakte in Kreditderivaten über zentrale Gegenparteien verarbeitet worden. Banken und Aufsichtsbehörden prüfen gegenwärtig intensiv die

Möglichkeiten, dies auch in anderen Segmenten der Derivate-Märkte einzuführen.

Gerade das Clearing von OTC-Kontrakten zeigt aber: komplexe technische Lösungen brauchen Zeit. Die Systeme müssen verlässlich funktionieren, weil sie sonst nicht zu größerer Finanzmarktstabilität beitragen, sondern das Gegenteil bewirken. Niemandem ist mit zu schnell eingeführten Strukturen gedient, die für neue Verunsicherung sorgen, anstatt Risiken zu mindern.

Ebenso gilt: auch legislative Prozesse brauchen ihre Zeit. Die Bewältigung der Finanzkrise und ihrer Folgen ist eine große Belastung für unser demokratisches Gemeinwesen und seine Prozesse. Ein Gesetz wie das Hilfspaket vom Oktober 2008 in kürzester Zeit durch das Parlament zu bringen, zeugt vom Verantwortungsbewusstsein der Parlamentarier und dem Leistungsvermögen unserer Demokratie. Gleichwohl müssen solche Kraftakte die Ausnahme bleiben, wollen wir das Vertrauen in geordnete demokratische Abläufe nicht schwächen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich will hier keineswegs den Eindruck erwecken, wir könnten uns schon zurücklehnen und hätten alle unsere Hausaufgaben bereits erledigt. Die G20-Agenda ist umfassend – angesichts der zahlreichen Defizite, die die Krise offengelegt hat, ist das auch angemessen und notwendig. Jeder, der glaubt, wir könnten angesichts der aktuellen Erholung der Märkte beim Umsetzen dieser Agenda auch nur einen Gang zurückschalten, irrt. Gleichwohl bleibt festzuhalten: Die Reform der internationalen Finanzmarktordnung kommt gut voran. Die Behauptung, es herrsche wieder “business as usual”,

entspricht nicht den Tatsachen. Schlimmer noch: Über diese Diskussion drohen andere, wichtigere Aspekte aus dem Blick zu geraten.

Damit meine ich **erstens** die Frage der weiteren grenzüberschreitenden Integration der Finanzmärkte und **zweitens** die Verschiebung der Gewichte zwischen den ökonomischen und politischen Kraftzentren dieser Welt.

Was die grenzüberschreitende Integration der Finanzmärkte angeht, so mehren sich Anzeichen, die Anlass zur Besorgnis geben: Bei vielen Finanzdienstleistern ist ein Rückzug aus dem internationalen Geschäft erkennbar: Ausländische Tochtergesellschaften werden veräußert, um die Kapitalbasis der Mutter zu stärken, grenzüberschreitendes Geschäft wird reduziert, um die risikogewichteten Aktiva zu senken.

Nun ist eine gewisse Refokussierung auf den Heimatmarkt in Krisenzeiten, der Rückzug auf vertrautes Gelände, eine natürliche Reaktion, wenn man unter Druck gerät. So verstanden dürfte es sich auch um ein eher temporäres Phänomen handeln.

Aber – und das halte ich für die wesentlich bedenklichere Entwicklung – der Internationalisierung droht auch Gefahr durch den klar erkennbaren Trend hin zu einer Re-Nationalisierung der Regulierung: Gastlandaufseher suchen ihren Einfluss über Tochtergesellschaften und Zweigstellen ausländischer Banken zu stärken. Schon ist die Rede davon, dass jede Geschäftseinheit künftig als eigenständige Einheit handlungsfähig und liquidierbar sein muss. Diesen Weg zu gehen, wäre eine schwere Fehlentwicklung: Es wäre das Ende von integriertem Kapital- und Risikomanagement auf Gruppenebene. In normalen Zeiten

würde dies eine ineffiziente Kapitalallokation bewirken und in Krisenzeiten Risiken nicht etwa vermindern, sondern vielmehr erhöhen, weil Kapital und Liquidität in voneinander isolierten Jurisdiktionen gefangen wären.

Darüber hinaus gibt es die berechtigte Sorge, dass die verschiedenen Regelungen, die als Ergebnis der politischen Prozesse in den jeweiligen Jurisdiktionen herauskommen, am Ende nicht kompatibel sind. Das kann, das darf nicht das Ergebnis unserer Bemühungen sein: Für einen globalen Kapitalmarkt brauchen wir global gültige und konsistente Regeln. Unterschiede in den Regeln führten nur erneut zu Möglichkeiten zur Aufsichtsarbitrage bzw. zur Fragmentierung der Märkte. Beides gilt es unbedingt zu vermeiden, wollen wir das Ziel, die Finanzmärkte weniger krisenanfällig zu machen, erreichen. Umso wichtiger ist es daher, die politischen Prozesse – besonders auf beiden Seiten des Atlantik – eng miteinander zu verzahnen. Wir haben dafür den institutionellen Rahmen des Financial Market Regulatory Dialogue, der mehr denn je genutzt werden sollte.

Als regelrecht bedrückend empfinde ich in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass wir selbst in der EU dabei sind, die Errungenschaften des europäischen Finanzbinnenmarktes preiszugeben. Der europäische Pass für Banken wird zunehmend in Frage gestellt. Über Marktzugangsbeschränkungen wird offen nachgedacht.

Die große Frage ist daher: Wird es gelingen, einen Ordnungsrahmen zu errichten, der weitere Marktintegration ermöglicht und gleichzeitig den Regierungen und Parlamenten hinreichend Sicherheit gibt, dass eine angemessene Aufsicht über große, grenzüberschreitende

Finanzkonzerne stattfindet? Die Antwort kann nur lauten: Wir müssen dies schaffen, denn anderenfalls werden wir in die Zeiten fragmentierter Märkte zurückfallen – mit den damit verbundenen Wohlfahrtseinbußen für alle Bürger, nicht etwa nur für die Banken.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz das zweite Thema ansprechen, das derzeit nicht gebührend diskutiert wird: Die mittelfristige Verschiebung der Gewichte zwischen den Staaten und Finanzplätzen. Es kann kein Zweifel daran bestehen: Die Krise wird die Verlagerung des politischen und ökonomischen Gewichts in der Welt beschleunigen. Während sich hierzulande noch mancher über die vermeintliche Dominanz angelsächsischer Kapitalmärkte erregt, sind es schon längst die G20, nicht mehr die G7, die das Financial Stability Board und den Baseler Ausschuss stellen. Und während man in Deutschland noch über eine Konsolidierung von Landesbanken diskutiert, machen Banken aus Schwellenländern heute schon mehr als ein Viertel der Marktkapitalisierung der Top-25 Banken weltweit aus, wobei zwei chinesische Banken die Liste anführen.

Mir scheint, wir haben in Europa, auch hier in Deutschland, Nachholbedarf in der gesellschaftlichen Diskussion darüber, wie wir auf diese veränderte geopolitische Ordnung reagieren wollen, wie unsere Vision für die Neuordnung der internationalen Währungsordnung und der internationalen Organisationen lautet. Dies gilt gleichermaßen mit Blick auf die Zukunft der Europäischen Union. So fokussiert sich etwa die Debatte um die Struktur der EU-Finanzaufsicht auf sehr filigrane Aspekte der Kompetenzzuweisung, während die Frage, wie man die EU durch eine wahrhaft europäische Finanzaufsicht im Konzert der Mächtigen mit einer starken Stimme positionieren will, nicht adressiert wird. Von den

geradezu bizarren Äußerungen Mancher hierzulande zur Überarbeitung des Begleitgesetzes zum Lissabon-Vertrag will ich gar nicht reden.

Meine Damen und Herren,

in meinen Gesprächen erlebe ich immer wieder, dass die Bürger dieses Landes intensiv nach ehrlichen Antworten auf die wirklichen Herausforderungen unserer Zeit suchen. Ich wünsche mir, dass das heutige Forum der „Zeit“ einen Beitrag hierzu leistet. Die kompetenten Teilnehmer des nachfolgenden Panels können dies ganz sicher – und ihren Beiträgen möchte ich nun nicht länger im Weg stehen!

Ich danke Ihnen!